

Neuruppin 03.09.20203

Pressemitteilung: Kurzsichtige Haushaltspläne beim Bund

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) steht vor massiven Kürzungen, bis zu 30 % der Gelder sollen eingespart werden. So sieht es der für 2024 geplante Haushalt der Bundesregierung vor. Diese Kürzungen betreffen zugewanderte Fachkräfte aus der EU und anerkannte Flüchtlinge, also Menschen, die unser Arbeitsmarkt dringend braucht. Das ist kein kluges politisches Handeln - weder wirtschaftlich noch sozial.

Die regierende Koalition hat bei der Haushaltsplanung 2024 „priorisiert“. Im Ergebnis sollen künftig weniger Steuergelder in die Finanzierung sozialer Leistungen fließen. Unter anderem sind Kürzungen beim Bafög, den Freiwilligendiensten, den psychosozialen Zentren und der Asylverfahrensberatung vorgesehen. Reduziert werden sollen auch die Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE). Dies ist vor allem deshalb unverständlich, weil es den Plänen für ein modernes Einwanderungsgesetz zuwiderläuft: Denn der geplante Abbau der MBE würde auch ausländische Fach- und Arbeitskräfte betreffen.

Die MBE ist zuständig für die Beratung von Menschen aus dem Ausland, die sich legal in Deutschland aufhalten. Dazu gehören alle, die hierher zum Arbeiten oder Studieren kommen, egal, ob sie aus der EU oder anderen Regionen dieser Erde zuwandern, und alle Geflüchteten, deren Asylgründe rechtlich anerkannt sind. Im Auftrag der Bundesregierung werden diese Menschen unterstützt bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und beim Zugang zu Deutsch- und Integrationskursen. Sie erhalten Aufklärung darüber, wie es in Deutschland läuft mit Bildungswegen, bürokratischen Zuständigkeiten und rechtsstaatlichen Verfahren, über Rechte und Pflichten in der Arbeitswelt, in Schulen

ESTAruppin e.V.

Kirchplatz 2, 16909 Wittstock

Geschäftsführerinnen:

Christiane Schulz und Carola Wöhlke

Steuer-Nr.: 052/140/09678

VR Neuruppin 1002

Bankverbindung:

KD-Bank-Dortmund

IBAN DE32 3506 0190 1567 0670 21

BIC GENODED1DKD

Sparkasse OPR

IBAN DE43 1605 0202 1760 0021 15

BIC WELADED1OPR

Spendenkonto:

KD-Bank-Dortmund

IBAN DE80 3506 0190 1567 0670 30

BIC GENODED1DKD

und Kitas. Kurz gefasst unterstützt die MBE zugewanderte Erwachsene die ersten drei Jahre dabei, den Alltag in Deutschland zu meistern.

Dieses Beratungsangebot richtete die Bundesregierung 2005 ein, inzwischen gibt es deutschlandweit rund 1400 Beratungsstellen. Und der Bedarf steigt: Wurden 2011 noch 144.000 Menschen beraten, waren es 2021 bereits knapp 500.000. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin leistet ESTAruppin seit 2008 die Migrationsberatung MBE mit Sprechzeiten in Neuruppin, Rheinsberg, Wittstock und Kyritz; und auch hier steigt die Zahl der Ratsuchenden kontinuierlich an. Bereits zur Jahreshälfte 2023 wurden fast so viele Menschen beraten wie insgesamt 2022. Bei diesen Beratungen handelt es sich nicht nur um Gespräche mit Ratsuchenden, vielmehr ist Kooperation und Abstimmung mit vielen Institutionen notwendig, um gute Lösungen für die Probleme nach der Zuwanderung zu finden; je nach Einzelfall wird zusammengearbeitet mit der Ausländerbehörde, dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Unternehmen oder der Wohnungswirtschaft.

Im ganzen Land arbeiten die MBE-Beratungsstellen am Limit. Noch 2022 erkannte die Bundesregierung die Bedeutung dieser Arbeit und stellte Sondermittel zur Finanzierung und für 2023 zusätzliche Mittel bereit. Und nun drohen diese massiven Kürzungen, die etablierte Beratungsstrukturen im ganzen Land zu gefährden. Dabei sollen die Zahlen bei der Zuwanderung ja steigen, das ist erklärter politischer Wille. Denn pro Jahr fehlen hier mehr als 400.000 Fach- und Arbeitskräfte, die die Regierung aus anderen Ländern anlocken will und Unternehmen werben tatkräftig Arbeitnehmer*innen im Ausland an. Wer soll und kann diese Menschen im bürokratischen Dschungel unterstützen, wenn die MBE so drastisch gestutzt wird? Die überlasteten Kliniken und Pflegedienste? Gastwirte, Hotelbetreiberinnen, Handwerksbetriebe?

Widersprüchlich mutet an, dass die Einsparungen bei der Migrationsberatung MBE gerade jetzt greifen sollen. Denn seit dem Ende des zweiten Weltkriegs gab es in Deutschland keine so starke Zuwanderung mehr wie aktuell, allein aus der Ukraine kamen seit Kriegsbeginn 1,2 Millionen Flüchtlinge, für die die Migrationsberatungen zuständig sind. Immer mehr Ratsuchende, inflationsbedingte Mehrkosten und Tarifsteigerungen – die Träger der Migrationsberatung MBE und deren Beratungspersonal können keine weitere Belastung oder Einsparung verkraften.

Wir fordern die Koalition deshalb auf, diese Planungen nochmals zu überdenken. Denn unglaublich wirken angesichts der Kürzungen die Ansagen der Koalition, gesellschaftliche Teilhabe und Einwanderung zu stärken. Und kurzsichtig wirken die Planungen, da sie die Folgen für die Zugewanderten, für die Behörden, die Schulen, das Gesundheitswesen und die Unternehmen außer Acht lassen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten sind schwer zu beziffern, klar ist jedoch, dass die Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften dadurch eher behindert als gefördert würde.

Migrationsberatung (MBE), ESTAruppin e.V.

i.A. Christiane Schulz